

Bau- und Planungsausschuss
Protokoll Nr. BPA/10/2011
Umweltausschuss
Protokoll Nr. UA/07/2011

**über die teilweise gemeinsame (TOP 1 bis 6)
öffentliche und nicht öffentliche Sitzung des Bau- und
Planungsausschusses und Umweltausschusses am 06.07.2011,
Rathaus, Sitzungszimmer 601/Kantine**

Beginn der gemeinsamen Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der gemeinsamen Sitzung : 20:20 Uhr
Beginn der BPA-Sitzung : 20:21 Uhr
Beginn nicht öffentlicher Teil : 20:53 Uhr
Ende der BPA-Sitzung : 21:21 Uhr

Anwesend

Bau- und Planungsausschuss

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Frau Carola Behr

Herr Uwe Grassau

Herr Rolf Griesenberg

Herr Rafael Haase

ab TOP 2, 19:05 Uhr

Frau Anna-Margarete Hengstler

Frau Monja Löwer

Herr Michael Stukenberg

i. V. f. StV Bellizzi,
beratendes Mitglied

Bürgerliche Mitglieder

Herr Heino Wriggers

Umweltausschuss

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Herr Dieter Heidenreich

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann

Herr Horst Marzi

i. V. f. StV Brandt
ab TOP 3, 19:33 Uhr

Bürgerliche Mitglieder

Frau Nina Hildebrandt	bis TOP 6, 20:20 Uhr
Herr Christian Schmidt	bis TOP 8, 20:52 Uhr
Herr Walter Schneider	bis TOP 8, 20:52 Uhr
Herr Michael Stukenberg	bis TOP 8, 20:52 Uhr

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lara Gerecke	Kinder- und Jugendbeirat, ab TOP 2, 19:20 bis 20:52 Uhr
Herr Siegfried Lorenz	Seniorenbeirat, bis 20:52 Uhr

Sonstige, Gäste

Herr Bernd Schürmann	Büro Stadt Raum Plan, zu TOP 3 und 4
----------------------	---

Verwaltung

Frau Angelika Andres	
Frau Stefanie Mellinger	
Frau Maren Uschkurat	Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bau- und Planungsausschuss

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi

Umweltausschuss

Frau Sabrina Bosse
Frau Doris Brandt

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Die Vorsitzenden haben sich vorab darauf geeinigt, dass der BPA-Vorsitzende, Herr Hansen, die gemeinsame Sitzung leitet.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Bebauungsplan Nr. 91 - Teilgebiet A - "Hansdorfer Straße Nord" der Stadt Ahrensburg für den Bereich östlich des Ahrensfelder Weges zwischen Bargenkoppelredder, Manhagener Allee und Hansdorfer Straße **2011/062**
 - Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden
 - Satzungsbeschluss
 - Bekanntmachung der Satzung
4. Bebauungsplan Nr. 91 - Teilgebiet B - "Hansdorfer Straße Süd" der Stadt Ahrensburg für den Bereich östlich des Ahrensfelder Weges zwischen Hansdorfer Straße, Manhagener Allee und dem Aalfangpark **2011/063**
 - Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden
 - Satzungsbeschluss
 - Bekanntmachung der Satzung
5. Kenntnisnahmen
 - 5.1 Zeitplan für die Umsetzung des Lärmaktionsplanes (1. Stufe) für die Stadt Ahrensburg im Zusammenhang mit der EU-Umgebungslärmrichtlinie
 - 5.2 Planung der nächsten BPA-Sitzungen
 - 5.3 Geschwindigkeitsmessanlage im Reeshoop
 - 5.4 Sonderprogramm zu Behebung winterbedingter Straßenschäden
 - 5.5 Erhaltenswertes Gebäude Am Alten Markt 4 a
 - 5.6 Protokoll der Öffentlichkeitsveranstaltung zum B-Plan Nr. 92 "Erlenhof Süd"
 - 5.7 Wappen der Partnerstädte beim Ausbau Klaus-Groth-Straße
 - 5.8 Schreiben eines Bürgers zur Verkehrsbelastung in der Rantzaustraße
 - 5.9 Antwortschreiben zum Verfahren Entlastungsstraße Nord (Nordtangente)

- 5.10 Neubau der Einhausung Bahnsteigzugang Tunnel Hagener Allee
- 5.11 Baumpflanzung entlang der Bahnstecke Hamburg-Lübeck
- 6. Verschiedenes
 - 6.1 Einführung des Tagestickets auf dem Parkplatz Alte Reitbahn
 - 6.2 Fahrgasterhebung bei den Freifahrten des Stadtbusverkehrs an den Adventssonabenden
 - 6.3 Bauvorhaben Hamburger Straße 25 - 27
 - 6.4 Schäden an der Straße Am Tiergarten
 - 6.5 Bauvorhaben Hansdorfer Straße
 - 6.6 Rehbestand im Ahrensburger Stadtgebiet
 - 6.7 Ausschilderung einer Tempo 30 Zone im Bereich Dänenweg/Brauner Hirsch
 - 6.8 Korrekte Schreibweise eines Weges
 - 6.9 Überprüfung des Baumbestandes
 - 6.10 Bauvorhaben auf dem Rathausplatz
 - 6.11 Einberufung einer Marktbeiratssitzung durch den Hauptausschuss
 - 6.12 Überprüfung der Absenkungen im Mittelweg
 - 6.13 Termin für den nächsten Umweltausschuss
 - 6.14 Vereinfachte Vorlagen für Bebauungspläne
 - 6.15 Bekanntgabe von Öffentlichkeitsveranstaltungen
- 7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2011 vom 15.06.2011
- 8. Neubau einer Kindertagesstätte am Standort Fritz-Reuter-Schule, Adolfstraße

1. Festsetzung der Tagesordnung Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Die Verwaltung bezieht sich auf die in der Einladung vom 22.06.2011 vorgeschlagene Tagesordnung und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 8 „Neubau einer Kindertagesstätte am Standort Fritz-Reuter-Schule, Adolfstraße“ aufzunehmen. Dieses ist für die heutige Sitzung jedoch nur möglich, wenn gemäß § 46 Abs. 12 in Verbindung mit § 34 Abs. 4 Satz 4 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) die vorgeschlagene Tagesordnung um diese dringliche Angelegenheit erweitert wird, wobei es hierfür die Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Ausschusszahl bedarf.

Die Dringlichkeit für den neuen Tagesordnungspunkt 8 ergibt sich aus der Einsparmöglichkeit von Planungskosten, da durch eine „Winterausschreibung“ Kosten reduzierende Vorteile genutzt werden können. Ferner soll der BPA lediglich über das Baurecht für die Kindertagesstätte entscheiden, was grundsätzlich in der BPA- Sitzung vom 16.02.2011 erteilt wurde. In der heutigen Sitzung soll folglich nur über die Änderung zu dem bisher vorgestellten und beschlossenen Entwurf entschieden werden.

Sodann wird über den Dringlichkeitsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung von den Mitgliedern des BPA abgestimmt und diesem mit **7 Ja-Stimmen** zugestimmt.

Man kommt überein, im nicht öffentlichen Teil die Tagesordnung um den Punkt „Kenntnisnahmen“ zu erweitern; ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zu der in der Einladung vom 22.06.2011 vorgeschlagenen Tagesordnung.

Abschließend stimmt der Ausschuss ohne Aussprache über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit beim TOP „Kenntnisnahmen“ ab und mit der gemäß § 46 Abs. 8 GO erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zur vorgeschlagenen Tagesordnung.

Letztlich wird der gesamten Tagesordnung zugestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2. Einwohnerfragestunde Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Auf Nachfrage eines Bürgers erläutert die Verwaltung die Bedeutung einer Knödellinie in einem Bebauungsplan. Die Knödellinie dient der zeichnerischen Abgrenzung zwischen unterschiedlichen Nutzungen innerhalb von Bebauungsplänen. Unterschiedliche Nutzungen können beispielsweise verschiedenartige Maße der baulichen Nutzung oder auch offene und geschlossene Bauweisen sein.

Herr Dr. Fischer bittet die Verwaltung, den Zeitplan zur Umsetzung des EU-Lärmaktionsplans (EU-LAP) entsprechend seiner folgenden Anregungen anzupassen:

1. Den jeweils Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung möchten wir hiermit für die Aufstellung eines (ersten) Geschwindigkeits-Anzeigegeräts vor dem Alten- und Pflegeheim im Reeshoop danken. Die moderne Anlage trägt unseres Erachtens spürbar zu einer Verringerung des Verkehrslärms bei.
2. Der auf der UA-Sitzung am 08.06.2011 als Tischvorlage präsentierte Zeitplan zur Umsetzung der EU-LAP enthält unter der Überschrift: „6. Weitere Maßnahmen“ vier Zielvorstellungen, die im vorherigen „Zeitplan“ vom 28.12.2009 noch als: „6. Maßnahmen, die nicht im Zusammenhang mit beschlossenen EU-Lärmaktionsmaßnahmen stehen, spezifiziert worden waren. **Wir bitten darum, die bisherige, weil korrektere Überschrift beizubehalten bzw. den gesamten Abschnitt 6 aus dem „Zeitplan“ herauszunehmen.**

Eine der Maßnahmen aus Abschnitt 6 ist die Schließung des Mühlenredders für Kfz ab 2012, ein Vorhaben, das seitens der Lenkungsgruppe zur Umsetzung der LAP nicht befürwortet wurde. Den jüngsten Verkehrszählungen des AK Lärminderung Ahrensburg Zentrum/Nord zufolge (im März 2011) verkehren im Reeshoop täglich rund 1.500 Kfz mehr stadteinwärts als stadtauswärts. Um ebenso viele Fahrzeuge würde sich der Verkehr auf dem Straßenzug: Woldenhorn (West) – Bei der Doppeleiche – Reeshoop nach einer Sperrung der Einbahnstraße Mühlenredder erhöhen. Damit würde die im Straßenzug: Mühlenredder – Am Tiergarten erreichte Lärminderung durch eine weitere Lärmzunahme in mehreren ohnehin schon besonders lärmbelasteten Straßen erkaufft.

Herr Kausch bittet die Verwaltung, den Wasserstand im Tunneltal, Am Hopfenbach zu überprüfen. Seines Erachtens funktioniert die Querung in diesem Bereich nicht, sodass es immer wieder zu erhöhten Wasserspiegeln kommt.

Herr Knoll nimmt Bezug auf die aktuelle Tagesmeldung, dass die Olympiade im Jahr 2018 nicht in München stattfinden wird und dadurch beim Bund Mittel in Höhe von ca. 800.000.000 € frei werden. Diese Mittel stehen nun unter anderem für die Realisierung des Projektes S 4 zur Verfügung. In diesem Zusammenhang kommt er auf die Kreuzung Am Woldenhorn/Hamburger Straße

zu sprechen und gibt zu bedenken, dass hier gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt ein Kreisel verwirklicht werden könnte.

Herr Kupfer nimmt Bezug auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vorlagen-Nr. 2011/015/1 am 23.05.2011 und auf das weitere Vorgehen zur Entlastungsstraße Nord (Nordtangente). Er bittet die Verwaltung, die nachfolgenden Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Wie sehen das weitere Vorgehen und der Zeitplan zur Nordtangente aus?
Insbesondere:
 - Wann sollen die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren fertig gestellt sein?
 - Wann sollen die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren beim Landesbetrieb Verkehr in Kiel eingereicht werden?
 - Wann ist mit einem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens/einem Planfeststellungsbeschluss zu rechnen?

2. Nach meinem Kenntnissstand muss bei Einreichung der Planfeststellungsunterlagen beim Landesbetrieb Verkehr in Kiel eine genaue Trasse und die Art der Bahnquerung (Brücke/Trogbauwerk) festgelegt sein. Die oben genannte Beschlussvorlage enthält lediglich einen Trassenkorridor.
 - Wann und durch wen erfolgt die Entscheidung über die Vorzugsvariante (die genaue Trasse)?
 - Wann und durch wen erfolgt die Entscheidung über Brücke oder Tragbauwerk?

3. Ich gehe davon aus, dass durch die Detaillierung der Planung auch die Kostenschätzung präzisiert werden kann (z. B. bezüglich Baukosten Straße und Querungsbauwerk, Grunderwerbskosten auf Delingsdorfer Gebiet).
 - Wann liegt den Bürgern und den Stadtverordneten eine aktualisierte Kostenschätzung vor?

Die Verwaltung sichert zu, diese Fragen schriftlich zu beantworten.

3. **Bebauungsplan Nr. 91 - Teilgebiet A - "Hansdorfer Straße Nord" der Stadt Ahrensburg für den Bereich östlich des Ahrensfelder Weges zwischen Bargenkoppelredder, Manhagener Allee und Hansdorfer Straße** **2011/062**
- Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden
- Satzungsbeschluss
- Bekanntmachung der Satzung
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss
4. **Bebauungsplan Nr. 91 - Teilgebiet B - "Hansdorfer Straße Süd" der Stadt Ahrensburg für den Bereich östlich des Ahrensfelder Weges zwischen Hansdorfer Straße, Manhagener Allee und dem Aalfangpark** **2011/063**
- Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden
- Satzungsbeschluss
- Bekanntmachung der Satzung
Bau- und Planungsausschuss/ Umweltausschuss

Herr Schürmann geht auf die wesentlichen Punkte zu den Bebauungsplänen Nr. 91 A Hansdorfer Straße Nord und 91 B Hansdorfer Straße Süd ein. Zunächst stellt er kurz die Vorgehensweise seit der letzten Vorstellung im Bauausschuss ein. So wurden die öffentlichen und die privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen. Hierzu wurden die Stellungnahmen im Einzelnen betrachtet. Das Ergebnis dieser Abwägung ist, dass die Festlegung aus der 2. Auslegung als ein zufriedenstellendes Ergebnis anzusehen sind, auch wenn einige Anwohner hiermit immer noch nicht zufrieden sind. Eine Änderung im WR 2 wurde hinsichtlich der Stickerschließung vorgenommen, da es hier einen nachvollziehbaren Vorschlag zur Verkürzung der Erschließung gegeben hat.

Bevor es zu einer kurzen Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt kommt, betont Herr Schürmann, dass für den WR 1- Bereich bereits sieben Festsetzungen hinsichtlich der baulichen Ausnutzung getroffen wurde und eine weitere Festsetzung nicht erforderlich sei.

Die Vorlagen-Nr. 2011/062 sieht als Ausgleichsfläche für den Entwicklungsbereich nordwestlich der Hansdorfer Straße, der als Waldfläche klassifiziert war, eine Ersatzaufforstung in Größe von 1,0 ha in der Gemarkung Poggensee vor. Hierzu bittet ein Ausschussmitglied die Verwaltung mitzuteilen, weshalb keine Ausgleichsfläche im Ahrensburger Stadtgebiet genommen wird. Daraufhin berichtet die Verwaltung, dass im Ahrensburger Stadtgebiet keine Flächen mehr für Ausgleichsmaßnahmen vorhanden sind und deshalb auf andere Flächen ausgewichen werden muss. Beabsichtigt ist, ein Vertrag mit der Stiftung Naturschutz zu schließen, die – wie dargestellt – die Ausgleichsfläche

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 91 mussten insbesondere zwei Flächen naturschutzfachlich bewertet und eine Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung erstellt werden – der Bereich WR1 und WR2.

Für das WR2 wurde ein **Ausgleichsbedarf** von knapp 1 ha ermittelt. Der Nachweis Flächen erfolgt aufgrund der nicht vorrätigen Ausgleichsflächen im Ahrensburger Stadtgebiet in Form einer Kompensationsverpflichtung für eine Fläche aus dem **Ökokonto „Braaker Mühle“** über die Stiftung Naturschutz. Zusätzlich war es notwendig, für das bisher als Wald in Sachen des Waldgesetzes klassifizierte Grundstück eine Waldumwandlung bei der Forstbehörde zu beantragen. Die dafür notwendige Ersatzaufforstung von 1 ha obliegt allein dem Eigentümer. Auf die Auswahl der Fläche hat die Stadt Ahrensburg keinen Einfluss. Daher kann eine Ersatzaufforstung im Stadtgebiet von Ahrensburg nicht gefordert werden.

Die **Ersatzaufforstung** in der **Gemarkung Poggensee** wird im Rahmen der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung als Kompensationsfläche gewertet (siehe dazu S. 19 des Umweltberichtes).

5. Kenntnisnahmen

5.1 Zeitplan für die Umsetzung des Lärmaktionsplanes (1. Stufe) für die Stadt Ahrensburg im Zusammenhang mit der EU-Umgebungslärmrichtlinie Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Der Zeitplan für die Umsetzung des Lärmaktionsplanes für die Stadt Ahrensburg sollte in der heutigen Sitzung bekannt gegeben und dem Protokoll beigelegt werden. Da der Zeitplan jedoch wie bereits vom Umweltausschuss festgestellt, einige Mängel aufweist, wird die Verwaltung gebeten, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses auf die Tagesordnung zu nehmen.

5.2 Planung der nächsten BPA-Sitzungen Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Zwischen den Sommer- und den Herbstferien Schleswig-Holsteins werden für den BPA folgende Sitzungstermine vorgesehen:

— 17.08.2011

— 07.09.2011

— 13.09.2011:

Für den 13.09.2011 war eine gemeinsame Sitzung mit dem Sozialausschuss geplant zur Beratung des Vorentwurfs für die Kindertagesstätte Adolfstraße. Da im Rahmen der Eilbedürftigkeit dieses Thema jedoch in der heutigen Sitzung des BPA behandelt werden kann, wird keine gemeinsame Sitzung mit dem Sozialausschuss erforderlich sein.

— 21.09.2011

— 05.10.2011

5.3 Geschwindigkeitsmessanlage im Reeshoop Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Auch wenn bereits in der Einwohnerfragestunde darauf hingewiesen wurde, dass die Geschwindigkeitsmessanlage im Reeshoop nördlich der Einmündung Hermann-Löns-Straße am Dienstag, dem 22.06.2011, aufgestellt wurde, möchte die Verwaltung den BPA offiziell mitteilen, dass damit die erste der vier geplanten Geschwindigkeitsmessanlagen umgesetzt wurde.

**5.4 Sonderprogramm zu Behebung winterbedingter Straßenschäden
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat antragsgemäß mit Bescheid vom 27.08.2010 bei einer 50%igen Förderung eine Zuweisung von 135.000 € für die Instandsetzung von winterbedingten Schäden an Straßen bewilligt.

Nach Durchführung der Maßnahmen wurde der Stadt Ahrensburg vom Land nun ein Betrag in Höhe von 131.700 € ausgezahlt. Dieses entspricht einer 50%igen Förderung entsprechend der geleisteten Ausgaben.

**5.5 Erhaltenswertes Gebäude Am Alten Markt 4 a
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

In der letzten Sitzung des BPA vom 15.06.2011 hat ein Ausschussmitglied darum gebeten, dass die Verwaltung einen Sachstandsbericht zum Gebäude Am Alten Markt Nr. 4 gibt. In der beigefügten **Anlage** stellt die Verwaltung die rechtliche Situation zu dem Gebäude dar.

**5.6 Protokoll der Öffentlichkeitsveranstaltung zum B-Plan
Nr. 92 "Erlenhof Süd"
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Am 23.03.2011 hat in der Museumsturnhalle der Stormarnschule eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB stattgefunden. Das Protokoll dieser Veranstaltung an der ca. 50 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben, wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

**5.7 Wappen der Partnerstädte beim Ausbau Klaus-Groth-
Straße
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Stellungnahme zum TOP 10.9 aus dem BPA-Protokoll Nr. BPA/07/2011 vom 04.05.2011

In der folgenden Auflistung wird dem BPA der Zeitplan zur Realisierung der Wappen der Partnerstädte von der Vorstellung bis heute dargestellt:

- BPA/07/2010 vom 21.04.2010: Vorstellung der Ausführungsplanung mit den Stadtwappen in der Platzfläche
- Vorstellung der Steinmaterialien für die Wappen im Fachdienst IV.3

- Mosaiksteine: Im September 2010 Anfrage bei Avantgardeners (Mosaik); Herstellung der vier Wappen mit gebrannten Mosaiksteinen können nicht in Fußgängerzone verlegt werden
- Metallgussverfahren: Anfang Oktober 2010 Anfragen bei Metallgussfirmen, Ende November 2010 Angebotsvorlage für vier Wappen in Bronze, Angebot liegt außerhalb des Budgets
- Fräsverfahren: Im Februar 2011 Anfrage bei Firma Krüger, Ende Mai 2011 Angebotsvorlage, Angebote liegen außerhalb des Budgets
- Wasserstrahlverfahren: Mitte Juni 2011 Anfrage bei einem Steinmetz, Herstellung der vier Wappen in Granitstein mit dem Wasserstrahlverfahren

5.8 Schreiben eines Bürgers zur Verkehrsbelastung in der Rantzaustraße Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Mit Schreiben vom 22.06.2011 hat ein Anwohner der Rantzaustraße vom Bürgermeister erneut verkehrsberuhigende Maßnahmen für die Rantzaustraße gefordert. Auf Bitte des Bürgers wird dem BPA dieses Schreiben zur Kenntnis gegeben (vgl. **Anlage**).

5.9 Antwortschreiben zum Verfahren Entlastungsstraße Nord (Nordtangente) Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Die IGANO – Interessengemeinschaft Ahrensburg Nord-Ost – bezog sich in einer E-Mail auf den auf Basis der Vorlagen-Nr. 2011/015/1 von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 23.05.2011 gefassten Beschluss zur Entlastungsstraße Nord bzw. zur so genannten Nordtangente. Die in diesem Zusammenhang gestellten Fragen sind Ende Juni 2011 wie folgt beantwortet worden:

1. *Wann wird die Stadt Ahrensburg mit der Gemeinde Delingsdorf voraussichtlich die Gespräche über den Verlauf der Nordtangente führen?*

Antwort:

Die Kontakte zur Gemeinde Delingsdorf und zum Amt Bargtheide-Land bestehen auch zu diesem Thema seit vielen Jahren. Nach der Vorstellung der „weiteren Entwicklung im nördlichen Straßennetz der Stadt Ahrensburg“ am 22.03.2011 im Delingsdorfer Bau-, Wege- und Planungsausschuss und dem oben erwähnten Beschluss der Ahrensburger Stadtverordnetenversammlung gehe ich davon aus, dass die Gemeinde Delingsdorf ihre Vorstellungen konkretisiert und noch im Sommer offiziell in Gespräche mit Ahrensburg eintritt.

2. *Gibt es irgendwelche Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die Gespräche stattfinden können? Falls ja, welche?*

Antwort:

Nein, derzeit sind keine bekannt.

3. *Benötigt die Stadtverwaltung Ahrensburg nach einer Einigung mit der Gemeinde Delingsdorf für den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Gebietsänderungsvertrages ein neues Mandat von der Politik?*

Antwort:

Wenn es zu einer Gebietsänderung kommt, ist die Entscheidung herüber gemäß § 28 Nr. 6 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein der Ahrensburger Stadtverordnetenversammlung vorbehalten.

4. *Ist der Beschluss der Stadtverordneten vom 23.05.2011 lediglich als Auftrag zu verstehen, die Unterlagen zu einem Planfeststellungsverfahren zusammen zu stellen?*

Antwort:

Nein, es müssen zunächst Verhandlungen mit der Gemeinde Delingsdorf geführt werden.

5. *Benötigt die Stadtverwaltung Ahrensburg ein weiteres Mandat von der Politik, um das Planfeststellungsverfahren für die Nordtangente durchzuführen?*

Antwort:

Es bedarf noch verschiedener Beschlüsse der städtischen Gremien, unter anderem im Rahmen der konkreten Abklärung der Trasse, des Gebietsänderungsvertrages und zur Mittelbereitstellung.

6. *Wann kann nach Ihrer Einschätzung mit einem Planfeststellungsbeschluss für die Nordtangente erfahrungsgemäß gerechnet werden?*

Antwort:

Das kann nicht eingeschätzt werden, da noch sehr viele nicht technisch bedingte Aufgaben zu erfüllen sind.

Zu der in der BPA-Sitzung am 15.06.2011 (vgl. Protokoll Nr. 09/2011; TOP 10.11) geäußerten Bitte erläutert zu bekommen, welche Verfahrensschritte auf Grundlage dieses Beschlusses anstehen sowie unter welchen Voraussetzungen und in welcher Form das Planfeststellungsverfahren eingeleitet und ablaufen könnte, wird FD IV.3 Straßenwesen nach der Sommerpause gesondert vortragen.

**5.10 Neubau der Einhausung Bahnsteigzugang Tunnel Hager Allee
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Mit Schreiben vom 21.06.2001 hat das Eisenbahnbundesamt der Stadt Ahrensburg die Entscheidung über den Neubau der Einhausung des Bahnsteigzugangs Tunnel Hager Allee übersandt. Das Anschreiben hierzu wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

**5.11 Baumpflanzung entlang der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die BPA-Sitzung vom 04.05.2011 auf den TOP 10.5 „Abgrenzung und Baumpflanzung entlang der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck“. Auf Nachfrage bei der DB-Station und Service AG wurde der Verwaltung im Mai 2011 mitgeteilt, dass die Baumpflanzungen und das Setzen eines Zaunes an der Bahnstrecke Hamburg nicht von der DB Netz AG veranlasst wurde.

Wie der Verwaltung nun mitgeteilt wurde, handelt es sich bei der Baumpflanzung doch um eine Maßnahme der DB Netz AG. Die Bäume wurden im Rahmen der Elektrifizierung gepflanzt, als Ausgleichsmaßnahme.

6. Verschiedenes

6.1 Einführung des Tagestickets auf dem Parkplatz Alte Reitbahn Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die Entscheidungen

- am 13.12.2010 in der Stadtverordnetenversammlung, wonach im Rahmen der Änderungen bei der Parkraumbewirtschaftung der Dauerparkplatz Alte Reitbahn montags bis freitags mit einem Tagesticket von 2 € belegt werden soll und
- am 26.01.2011 im BPA, wonach auf Basis der Anmerkungen in der Vorlagen-Nr. 2011/006 zur Umsetzung des StV-Beschlusses über die Parkgebühren die Fahrbahn in der Stormarnstraße zwischen Manfred-Samusch-Straße und Klaus-Groth-Straße einzubeziehen ist.

War Anfang des Jahres 2011 noch geplant, die Parkqualität auf dem Dauerparkplatz zu erhöhen, indem

- die Befestigung verbessert werden sollte (einebnen und entwässern) und
- die Struktur des Parkens baulich oder gestalterisch vorgegeben wird (verstärktes Ausnutzen der Fläche, Zuparken von Kfz verhindern),

wurde deutlich, dass hierfür Haushaltsmittel eher im begrenzten Umfang zur Verfügung stehen bzw. gestellt werden.

Da ein Nachtragshaushalt 2011 bis heute nicht absehbar ist und der Fachdienst IV.3/Straßenwesen aufgrund eines personellen Engpasses auch mittelfristig nicht in der Lage sein wird, dieses nicht die oberste Priorität besitzende Projekt zu begleiten, wurde die öffentliche Fläche in den letzten Wochen und abschließend nach den stärkeren Regenfällen in der 25. Kalenderwoche 2011 in Augenschein genommen.

Während der Parkplatz Alte Reitbahn und der Parkstreifen auf der Fahrbahn der Stormarnstraße voll ausgelastet war, ließ sich trotz fehlender Poller oder ähnlichem eine Gefahr des Einparkens nicht erkennen. Entwässerungsprobleme waren nur nach stärkeren Niederschlägen allenfalls im südlichen Randbereich bei wenigen Plätzen zu verzeichnen. Die Oberfläche war in einem insgesamt akzeptablen Zustand.

Von daher regt die Verwaltung an, die Parkgebührenregelung hier unverzüglich umzusetzen mit der Verkehrsanordnung sowie der Be- und Aufstellung der benötigten drei Parkscheinautomaten. Hiermit ist im September/Oktober 2011 zu rechnen.

Der Bauhof hat zugesagt, die Unterhaltung auf diesen bewirtschafteten Parkplätzen bei Bedarf in den Morgenstunden zu intensivieren (z. B. durch das Aufbringen von Material) und gegebenenfalls partiell durch den Einbau von Pollern eine optimierte Parkstruktur vorzugeben.

Der BPA nimmt hiervon Kenntnis.

6.2 Fahrgasterhebung bei den Freifahrten des Stadtbusverkehrs an den Adventssonabenden Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Es wird Bezug genommen auf die in der BPA-Sitzung am 15.06.2011 beschlossene kostenlose Nutzung des HVV in Ahrensburg an den Adventssonabenden 2011 (vgl. Protokoll Nr. 09/2011; TOP 7 und Vorlagen-Nr. 2011/084). Im Rahmen der Beratung kam man überein, dass die VHH anhand von tatsächlichen Fahrgastzahlen darlegt, ob und in welchem Umfang zusätzliche Fahrgäste gegenüber den sonst üblichen Busverbindungen zu verzeichnen sind. Anhand dieser Zahlen, die per Technik erfasst werden könnten, sollte über eine Fortsetzung dieser Aktion ab 2012 entschieden werden.

Der für dieses Projekt zunächst federführende HVV hat hierzu wie folgt Stellung genommen:

Zu Ihrer Nachricht vom 22.06.2010, die für die Gewährung der Freifahrt die Bedingung enthält, die tatsächliche Nachfrage festzustellen und damit auch ggf. deren Veränderungen (Mehrverkehr), möchten wir einige Anmerkungen machen.

Die unserer Kalkulation für 2010 und 2011 zugrunde liegenden Fahrgastzahlen wurden aus an Sonnabenden vorgenommenen Verkehrserhebungen im **November** 2009 entnommen. Zeitgleich wurden Zählungen durchgeführt, auf die die Befragungsdaten dann hochgerechnet wurden. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sind die Fahrgastzahlen an einem Adventssonabend im **Dezember** auch ohne Freifahrt schon deutlich höher als an einem normalen Sonnabend im November. Dieser Unterschied konnte jedoch nicht objektiv belegt werden und somit in unsere Kalkulationen nicht einfließen.

Für die erwünschte Ermittlung der Anzahl zusätzlicher Fahrgäste aufgrund der Freifahrtgewährung würden einfache Verkehrszählungen nicht ausreichen, da die entsprechenden **Referenzwerte fehlen** (siehe vor) und eine Aussage über die Gesamtzahl durch Fahrgäste mit Zeitkarten und mit Einzel- und Tageskarten zum Beispiel mit Ziel Hamburg verfälscht würde.

Eine Entwicklung von Mehrverkehr ist nur durch eine **Fahrgastbefragung** auf allen Linien des Stadtverkehrs Ahrensburg an mindestens einem Adventssonabend im Dezember 2011 und auch nur näherungsweise feststellbar. Dafür müssten alle Fahrgäste mit Einzelkarten, die im Binnenverkehr der Stadt Ahrensburg verbleiben, gefragt werden, ob sie diese Fahrt auch ohne die Freifahrtregelung gemacht hätten.

Aus Erfahrung wissen wir, dass solche hypothetischen Fragestellungen („Hätten Sie...“?) nur subjektiv beantwortet werden können und daher sehr begrenzte Aussagekraft besitzen.

Sollte trotz unserer Bedenken der Bau- und Planungsausschuss der Stadt Ahrensburg weiterhin eine Fahrgasterhebung wünschen, wären die Kosten hierfür, die sich im unteren vierstelligen Bereich bewegen dürften, entsprechend von der Stadt Ahrensburg zu übernehmen. Wir gehen aber davon aus, dass der Auftrag zur Freifahrtgewährung auch ohne die Auflage bestehen bleibt, sofern wir nichts Gegenteiliges von Ihnen erfahren.

Da die Aktion mit rd. 1.500 € pro Jahr für die 4 Adventssonabende relativ günstig erscheint, der Aufwand für die Fahrgastbefragung in keinem Verhältnis hierzu steht und hierin im Wesentlichen ohnehin ein Marketinginstrument für die Ahrensburger Innenstadt und den Einzelhandel zu sehen ist, sollte die Stadt Ahrensburg auf die zunächst gewünschte Fahrgasterhebung verzichten.

Der BPA nimmt dies zur Kenntnis.

6.3 Bauvorhaben Hamburger Straße 25 - 27 Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes berichtet die Verwaltung, dass für den 2. Bauabschnitt des Ärztehauses auf dem Eckgrundstück Hamburger Straße 25 – 27 der Bauantrag erst einen Tag vor der Ausschusssitzung eingereicht wurde und deshalb noch nicht im BPA vorgestellt werden kann. Die Verwaltung sichert aber nochmals zu, dem Bauausschuss nach der Sommerpause das Bauvorhaben vorzustellen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Vorstellung im BPA erfolgt erst, wenn alle für den Bauantrag erforderlichen Unterlagen eingereicht und geprüft wurden.

**6.4 Schäden an der Straße Am Tiergarten
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung darum, in der Straße Am Tiergarten im oberen Bereich zum Kreisverkehr die Straße auf Schäden zu überprüfen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Straße Am Tiergarten wird von der Verwaltung überprüft, Schäden werden dann gegebenenfalls beseitigt. Von der Verwaltung wird über dies darauf hingewiesen, dass der Zustand der Straße allgemein schlecht ist.

**6.5 Bauvorhaben Hansdorfer Straße
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 6.3 und bittet, neben der Vorstellung des Bauvorhabens Hamburger Straße 25 – 27 auch das Bauvorhaben in der Hansdorfer Straße auf dem bisher unbebauten Grundstück dem Bauausschuss vorzustellen.

**6.6 Rehbestand im Ahrensburger Stadtgebiet
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Die Verwaltung wird gebeten, im Protokoll zu beantworten, wer im Ahrensburger Stadtgebiet grundsätzlich für Rehe zuständig ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei Problemen mit Wild wie z. B. Rehen kann an die der Jagdgenossenschaft Ahrensburg angehörenden Jäger, Herrn Heino Wrigger, und Herrn Klaus Großler, herangetreten werden. Außerdem kann über die Stadt Ahrensburg und die Polizei Kontakt zu den Jägern aufgenommen werden.

**6.7 Ausschilderung einer Tempo 30 Zone im Bereich Dänenweg/Brauner Hirsch
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Die Verwaltung wird gebeten, die Ausschilderung der Tempo 30 Zone am Kreisel Dänenweg/Brauner Hirsch zu überprüfen, da hier wohl ein Verkehrszeichen zur Ausschilderung der Tempo 30 Zone fehlt. Die Verwaltung nimmt diesen Hinweis auf und sichert zu, dass dies zeitnah überprüft wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung hat die Beschilderung am Kreisel Dänenweg/Brauner Hirsch überprüft und konnte keine fehlende Beschilderung feststellen. Da durch den Dänenweg auch Busse fahren, ist hier nur Tempo-30 und keine Tempo-Zone ausgewiesen.

**6.8 Korrekte Schreibweise eines Weges
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Da laut Ausschilderung zwei verschiedene Schreibweisen, einmal mit ck und einmal mit doppelt k, für die Straße Övern Akker gewählt wurden, bittet ein Ausschussmitglied darum, dies zu überprüfen und sich auf eine Schreibweise zu verständigen. Dementsprechend ist dann das Schild mit der falschen Schreibweise zu korrigieren.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung hat die Schreibweise des benannten Wanderweges „Övern Akker“ überprüft und gibt diese hiermit dem BPA bekannt. Der Bauhof wurde bereits beauftragt, die Schilder zu überprüfen. Hierbei wurde festgestellt, dass tatsächlich eines der Schilder eine falsche Schreibweise aufweist. Der Bauhof wird die Beschriftung auf dem falschen Schild korrigieren.

**6.9 Überprüfung des Baumbestandes
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Wie ein Ausschussmitglied berichtet, befindet sich in der Hansdorfer Straße eine kaputte Linde, die dringend vom Baumsachverständigen überprüft werden müsste. Des Weiteren ist es der Auffassung, dass in dem Gebiet grundsätzlich eine Ausdünnung der vorhandenen Straßenbäume erfolgen sollte.

**6.10 Bauvorhaben auf dem Rathausplatz
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes berichtet die Verwaltung, dass der Bauherr des Bauvorhabens an der Tiefgarage unter dem Rathausplatz bereits aufgefordert wurde, der Stadt Ahrensburg mitzuteilen, wann die Baumaßnahme fertig gestellt sein wird. Eine Antwort hat die Stadt Ahrensburg zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erhalten.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Verwaltung wurde zwischenzeitlich mitgeteilt, dass die Restarbeiten am Dach des Zuganges zur Tiefgarage in der 29. Kalenderwoche abgeschlossen werden sollen und auch die Räumung bis zum Ende der 29. Kalenderwoche erfolgen soll.

6.11 Einberufung einer Marktbeiratssitzung durch den Hauptausschuss Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Trotz fehlender Zuständigkeit des Bauausschusses wird die Verwaltung gebeten, die Bitte nach der Einberufung einer Marktbeiratssitzung an die zuständigen Mitarbeiter weiterzuleiten.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Rahmen der letzten Vollversammlung am 04.04.2011 hat sich aus der Marktgemeinschaft heraus eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich die Weiterentwicklung des Wochenmarktes zum Ziel gemacht hat.

Zurzeit arbeiten Markthändler und Verwaltung an einem Maßnahmenkatalog, der das Erscheinungsbild und die Betriebsabläufe auf dem Wochenmarkt verbessern soll.

Insbesondere die Lücken bei der Standaufstellung sollen dabei zukünftig vermieden werden. Gleiches gilt für den Aufenthalt von Hunden und das Mitführen von Fahrrädern auf der Wochenmarktfläche.

Die Marktgemeinschaft fordert darüber hinaus eine Kurzparkzone für Kunden in unmittelbarer Nähe zum Wochenmarkt.

Der Marktbeirat sollte nach der Sommerpause die Möglichkeit haben, sich über den Sachstand zu informieren und eigene Anregungen abzugeben.

6.12 Überprüfung der Absenkungen im Mittelweg Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Die Verwaltung wird gebeten, die Absenkungen im Mittelweg zu überprüfen und gegebenenfalls dem abzuhelpfen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Unebenheiten sind im Bereich der Toleranz bei Asphaltarbeiten. Eine Verbesserung des Zustandes ist schwer möglich, da es sich hierbei um kleine Unebenheiten handelt. Die Verwaltung ist jedoch bereit, mit dem Ausschussmitglied einen Ortstermin zu vereinbaren und wird hierzu Kontakt mit dem Betreffenden vereinbaren.

6.13 Termin für den nächsten Umweltausschuss Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes wird mitgeteilt, dass der nächste Umweltausschuss am Mittwoch, dem 14.09.2011, stattfindet.

6.14 Vereinfachte Vorlagen für Bebauungspläne Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Um gegebenenfalls zukünftig die Lesbarkeit von Vorlagen zu Bebauungsplänen zu vereinfachen, regt ein Ausschussmitglied an, dass zukünftig in den Vorlagen auf die Auflistung der einzelnen Anregungen verzichtet werden sollte, insbesondere wenn sich dessen Inhalte wiederholen. Daraufhin wendet jedoch ein Ausschussmitglied ein, dass nach den rechtlichen Vorgaben jede einzelne Anregung im Ausschuss vorgestellt werden muss. Auch die Anregung, dass die Verwaltung die einzelnen Beiträge für die Vorlagen zusammenfasst, wird aus Kapazitätsgründen als nicht sinnvoll erachtet.

6.15 Bekanntgabe von Öffentlichkeitsveranstaltungen Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Kritisiert wird, dass der Termin für die Öffentlichkeitsveranstaltung zum Thema Masterplan Verkehr am 27.06.2011 in der Presse zu spät erschienen ist und auch seitens der Verwaltung nicht in der vorangegangenen Sitzung des BPA bekannt gegeben wurde. Die Verwaltung bittet dies zu entschuldigen und sichert zu, dass solche Termine zukünftig frühzeitiger bekannt gegeben werden.

7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2011 vom 15.06.2011 Bau- und Planungsausschuss

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

8. Neubau einer Kindertagesstätte am Standort Fritz- Reuter-Schule, Adolfstraße Bau- und Planungsausschuss

Die Verwaltung stellt den bereits in der BPA-Sitzung vom 16.02.2011 vorgestellten Neubau einer Kindertagesstätte in der Adolfstraße vor. Hierzu weist sie noch einmal darauf hin, dass die Errichtung der Kindertagesstätte in der nördlichen Adolfstraße zur Erfüllung des gesetzlichen Anspruchs ab dem 01.08.2013 erforderlich ist. Begrenzt wird das städtische Grundstück, auf dem der Neubau erfolgen soll, im Südwesten durch die Adolfstraße und im Nordosten durch einen Grünzug. Geplant ist, dass in der Einrichtung sieben Gruppen entstehen, die insgesamt 100 Kinder aufnehmen sollen. Um den Verkehrslärm, der durch die mit dem Kfz anfahrenden Eltern verursacht wird, zu entzerren, sollen die Gruppen unterschiedliche „Anfangszeiten“ bekommen. Diese Entzerrung wird jedoch vom Ausschuss in der Praxis als sehr schwierig angesehen, kann aber als Auflage durch die Bauaufsicht innerhalb der Baugenehmigung dem Bedarfsträger auferlegt werden.

Das geplante Bauvorhaben mit einem zweigeschossigen Hauptbaukörper und einem eingeschossigen Nebenbaukörper parallel zum Grünzug fügt sich gemäß § 34 BauGB in das Gebiet ein. Eine rückwärtige Erschließung ist derzeit für die Fußgänger und Radfahrer geplant. Von der Adolfstraße ist eine Grundstückszufahrt für Pkw's geplant.

Der § 34 BauGB fordert neben der Einfügung auch das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme nach § 15 BauNVO. Von Seiten der Verwaltung wurde vermutet, dass zuvor Genanntes betroffen sein könnte und hat daher ein Verkehrs- und Lärmgutachten bestellt. Beide Gutachten sagen aus, dass das Vorhaben Kita in der Nutzung innerhalb des vorhandenen vorwiegend von Wohnen geprägtem Gebiet verträglich ist.

Das Lärmgutachten empfiehlt der Stadt als Bauherr, eine 1,50 m hohe Lärmschutzwand zwischen Spielbereich und Nachbarbebauung zu errichten. Es gibt aber keine gesetzlichen Grundlagen oder Forderungen, die Lärmschutzwand herzustellen.

Gemäß Stellplatzerlass Schleswig-Holstein muss der Bauherr fünf Stellplätze nachweisen. Der Bedarf aus Praxiserfahrungen wird höher sein und um Konflikten im öffentlichen Straßenraum vorzubeugen, wird der Bedarf für 17 Stellplätze gesehen.

Dem Bau- und Planungsausschuss wird deshalb vorgeschlagen, der Planung zuzustimmen.

In der nun folgenden Diskussion werden verschiedene Aspekte hinsichtlich des vorgestellten Bauvorhabens beleuchtet. So ist ein Ausschussmitglied der Auffassung, dass der alte Entwurf günstiger hinsichtlich des Nachbarschaftsschutzes gewesen sei. Hierzu weist die Verwaltung jedoch darauf hin, dass der Nachbarschaftsschutz hinreichend geprüft wurde.

Bezug nehmend auf die Verkehrssituation berichtet ein Ausschussmitglied, dass diese Thematik bereits im Sozialausschuss angesprochen wurde.

Die Verwaltung wird gebeten, gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt das angrenzende Nachbargrundstück zu erwerben, um die Freiflächen der Kindertagesstätte zukünftig zu erweitern. Bevor die Mitglieder des Bauausschusses über den Neubau abstimmen, berichtet die Verwaltung kurz auf Nachfrage, ob sieben Gruppen ausreichend seien, dass es für das Gebiet Erlenhof Süd Spielraum hinsichtlich der Erschaffung von Kindertagesplätzen bzw. Krippenplätzen gibt.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt dem Bauvorhaben nach § 34 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis:

8 dafür

1 dagegen

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender BPA

gez. Dieter Heidenreich
Vorsitzender UA

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin